

Wolfram Elsner
Vortrag zum Ansatz progressiver Politik in Bremen
angesichts der gescheiterten Sanierung
und des „neo-liberalen“ Sanierungs-Regimes,
09.2006

Nachfolgend die vorgetragenen

Eckpunkte eines fortschrittlichen Wahlprogramms in Bremen
(nur sanierungsbezogener Teil)

I.) Was kann Bremen selbst tun? (= kurz- und mittelfristig)

Motto: „Gerechtigkeit (und Effizienz) in Bremen“

1.) Subventionsstopp: 320 Mio. € jedes Jahr sparen.

Fast 3 Mrd. € sind an Subventionen über ISP und AIP bisher für mehr oder weniger großmannssüchtige Projekte ausgegeben worden, ohne erkennbaren Effekt für Arbeitsplätze und Lebensbedingungen der Bremer. Zur Zeit handelt es sich um ca. 240Mio.€ p.a. AIP und ca. 80 Mio. € Grund-WAP (2005).

Wir nehmen die jahrelangen Ankündigungen des Finanzsenators und des Bürgermeister Böhrens endlich ernst, wonach alle „Investitionen“ der letzten Jahre auf den Prüfstand kommen sollen.

Und wir nehmen die jahrelangen Forderungen des Landesrechnungshofes ernst, dass endlich Wirkungsanalysen und realistische Kostenberechnungen der bremischen Investitionsprojekte auf den Tisch müssen.

Wir verlangen eine öffentliche Überprüfung aller begonnenen und geplanten Subventionsprogramme, einschließlich aller unternehmensorientierten Infrastruktur-Projekte.

Solange diese Überprüfungen nicht abgeschlossen sind, verlangen wir ein *Subventions-Moratorium*. Kein Euro wird weiterhin in die üppigen und sozial einseitigen Unternehmenssubventionen mehr gesteckt. Die Fehler von 12 Jahren, die auch der Bürgermeister selbst im Januar 2006 benannt hat, dürfen keinen Tag länger fortgesetzt werden.

In Abhängigkeit von den öffentlichen Überprüfungen hat Bremen aus nicht mehr finanzierbaren und nicht gesellschaftlich tragfähigen Projekten auszusteigen, selbst wenn Konventionalstrafen zu zahlen wären.

Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.

Wir nehmen endlich Ernst, dass die große Koalition in 12 Jahren die wichtigsten Einnahmemittel des Landes bereits bis zum Jahre 2015 praktisch ausgegeben hat. Dies können und wollen wir unseren Kindern und künftigen Generationen von Volksvertretern nicht zumuten. Die müssen und sollen selbst entscheiden dürfen.

Deshalb: Stopp der Subventionitis, Rückgängigmachung der Fehler der Vergangenheit, Ausstieg aus den Pleiteprojekten.

- 2.) Schulden-Moratorium und Teilentschuldung: Vorübergehend bis zu 600 Mio. € pro Jahr sparen.

Das Land Bremen geht kaputt an seinen Zinszahlungen. Was ursprünglich unverschuldete Schuldenberge waren, ist von der großen Koalition, nicht zuletzt durch unverantwortliches Subventionsgebahren für die Wirtschaftsklientel, in 12 Jahren von 9 auf 15 Mrd. € hochgeschraubt worden. Die Zinszahlungen sind das einzige, was in den Haushaltsplanungen aktuell und absehbar noch ungebremst ansteigt.

Bremen zahlt aktuell bereits an die 600 Mio. € Zinsen jedes Jahr. Der Zeitpunkt ist absehbar, wo die enorme jährliche Kreditaufnahme des Landes, die bereits auf verfassungswidrige Höhen geschraubt wurde, vollständig für die Zinszahlungen draufgehen. Die Zinszahlungen fressen alle Einnahmen auf. Irrsinn pur, den die bremische Stadtgesellschaft nicht mehr aushält!

Im internationalen Kreditgeschäft auch mit Staaten als Kunden ebenso wie im regionalen Kreditgeschäft mit Unternehmen ist es üblich, dass Kreditnehmer, die sich in Zahlungsproblemen befinden, mit den Banken über Teilentschuldungen und Zinsreduzierungen sprechen. Banken schreiben jährlich viele Milliarden € Kreditvolumen ganz normal ab, sie stornieren Zinszahlungen u.ä., um letztlich ihre Kreditnehmer nicht ganz zu verlieren. Nur weil ein Bundesland rechtlich nicht Konkurs gehen kann, darf hier keine Ausnahme von den normalen Geschäftsregeln gemacht werden. Ein Bundesland ist nicht die für alle Zeiten sichere Melkkuh der Banken.

Es ist nichts Verwerfliches oder Dramatisches daran, wenn das Land Bremen angesichts seiner verfassungswidrigen extremen Notlage und seines Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht, wo verfassungspolitisches Neuland betreten wird, auch im Verhältnis zu seinen Kreditgebern sich wie ein normaler Bankkunde verhält und Gespräche über Teilentschuldungen und Zinsmoratorien einleitet.

Alles andere ist der bremischen Stadtgesellschaft nicht mehr länger zuzumuten. Alles andere wäre nicht nur dumm, sondern auch unmoralisch und ungerecht denjenigen gegenüber, die nun 12 Jahre lang einseitig die Lasten der „Sanierung“ getragen haben. Die müssen jetzt ein Minimum an Gerechtigkeit erfahren.

Es ist nur gerecht, wenn auch die Banken, die von der extremen Verschuldung Bremens seit vielen Jahren enorm profitieren, endlich auch einen Beitrag zur wirklichen Sanierung Bremens leisten.

3.) **Hafenlasten abgeben:** ca. 80 Mio. € jedes Jahr einsparen.

Die Häfen in Deutschland und in Westeuropa stehen in einem irrationalen ruinösen Konkurrenzkampf untereinander. Es werden Überkapazitäten ohne Ende errichtet. Die Firma Prognos AG und das Bundesumweltministerium haben diese öffentlich bezahlten Investitionen jüngst durchweg als Fehlinvestitionen bezeichnet.

Der Bremer Staat sollte aufhören, ständig weiter hohe Fehlinvestitionen zu tätigen. Das Land Bremen und die Bremer können diese Fehlinvestitionen nicht mehr bezahlen. Eine vernünftige Kooperation zwischen den Häfen in Deutschland und Westeuropa, um diese Fehlinvestitionen zu beenden, ist laut Prognos AG nicht in Sicht und ist im Kapitalismus praktisch auch nicht erreichbar. Das Land Bremen ist zu klein und zu arm, um diesen Wahnsinn weiter zu finanzieren.

Prognos hat auch festgestellt, dass in den Häfen die laufenden Kosten nicht von den Nutzern gezahlt werden, sondern vom Steuerzahler. Der Hafenbetrieb hat eine Kostendeckung von nur 30%, weil die irrationale und unwirtschaftliche Konkurrenz der Häfen untereinander zu endlosen Preissubventionen führen. Die internationalen Logistik-Konzerne freuen sich, der Bremer Steuerzahler muss bluten.

Zwar zahlt der Bund ein bisschen für die Bremer Hafenlasten und er beteiligt sich ein bisschen an den enormen Investitionen für die immer neuen Container-Terminals, aber der grossteil der Kosten ist von Bremen zu tragen. Aber die Bremer können nicht mehr.

Die Übernahme des Hafens durch den Bund oder ein Bundesunternehmen bedeutet nicht den Untergang Bremens. Auch anderswo ist Bremens Schicksal von Unternehmensentscheidungen abhängig, die woanders als in Bremen getroffen werden. Der Hafen bleibt in Bremen und wird nicht nach München verlagert, die Arbeitsplätze bleiben in Bremen. Faktisch ändert sich nichts. Nur die Symbolik ändert sich. Aber für Symbolik hat Bremen kein Geld mehr.

Harte Schnitte, brechen mit liebgewonnenen Traditionen oder Untergang des gesamten Landes Bremen.

(Zunächst innerhalb der Partei diskutieren!?)

4.) **Die IUB-Subventionierung aufgeben:** mögl. Ersparnis ca. 50 Mio. €

(Aus evtl. Beteiligungen zurückziehen;

keine Infrastrukturvorleistungen mehr;

keine Komplementärmittel für Hochschulbauförderung mehr.

Mit der Ära Scherf muss auch die Ära seines öffentlich so genannten „Babys“ zu Ende gehen.

Bremen kann sich schon *eine* Uni nicht mehr leisten, erst nicht mehr zwei.

Aktuelle Begründung: Die Föderalismusreform hat den Bund aus der Kostenbeteiligung gem. HBFG entlassen. Bremen hat wie immer in den letzten Jahren (LFA-Reform, Kanzlerbrief-Deal) auf dem falschen Bein hurra geschrien – und sich selbst ins Knie geschossen. Zwei Unis können nicht mehr bezahlt werden!)

5.) **Privatisierungsstopp – Auflösung der Schattenhaushalte**

In Bremen ist durch die großen Koalition ein Wildwuchs von Eigengesellschaften und Eigenbetrieben entstanden, die kein Mensch mehr überblicken kann und die keiner mehr politische steuert (PWC-Gutachten). Ca. 230 ausgelagerte Eigenbetriebe und –gesellschaften.

Multiplizierung der Bürokratien, teure Gf.- und PPA-Gehälter, teure Immobilien, Ausstattungen und Autoflotten etc.

Die Kreditaufnahmen dieser Einrichtungen sind teurer, da keine begünstigten öffentlichen Kommunalkredite mehr.

Böhrnsen-Initiative zur Feststellung der Gf.-Gehälter, nur zum Teil befolgt, im Sande verlaufen.

Grünen-Initiative: Öffentliche Berichte über die Beteiligungen des Landes, erste Bürgerschaftsberichte vorhanden, hochspannend.

Über die Schattenhaushalte der Gesellschaften werden Schuldenteile ausgelagert, die die Gesellschaften über teure Kredite tilgen (s.o.) und sich durch zusätzliche Gebühren für alles und jedes vom Bürger bezahlen lassen.

Landesrechnungshof JB 2005: unüberschaubares Gewirr, mangelnde Kostenkontrolle (z.B. Bereich Dannemann an der Uni vom Feinsten, s. LRH 2005 zur Einzelkontrolle des VFW).

Bsp. LRH 2005: Verkäufe von Immobilien/Grundstücken und teure Rückmietung. Siemens-Hochhaus: 20 Mio. € Verlust für Bremen (entspr. Uni-Technologiepark)

Stopp aller Verkäufe – Öffentliches Eigentum und öffentliche Eigenproduktion ist billiger!

6.) Demokratisierung der Haushaltsentscheidungen: Beteiligungs-Haushalt

Beteiligung des Volkes/Volksabstimmungen über wichtige Ausgabenentscheidungen

7.) Lokaler Solidaritätszuschlag

zur Armutsbekämpfung in Bremen/“Gerechtigkeit im Stadtstaat“ – Armuts- oder Gerechtigkeitsfonds

zur Wiederauffüllung des Stadtrenaturierungsfonds für benachteiligten Stadtteile

zeitlich befristet, Zuschlag zur Lohn- und Einkommenssteuer oder als Gewerbesteuer-Zuschlag?

Anhebung der Gewerbesteuer-Hebesätze als Solidaritäts-Beitrag der Unternehmen / Sanierungsbeitrag

8.) Lokale Industriepolitik

9.) Arbeitsmarktpolitik/Sozialpolitik/Kinderbetreuung

10.) Bildung/Wissenschaft/Forschung/Innovation i.w.S.(!)

11.) Mittelstand/Gründungsförderung/Steuerentlastung

12.) Wohnen/Stadtteile/Stadtentwicklung

13.) ...

II.) Was muss Bremen von Bund und Ländern fordern? (= mittel- und langfristig)

Motto: „Gerechtigkeit für Bremen“

1.) Korrektur der Steuerreform von 1969

Lohnsteuer-Zerlegung hälftig nach Wohnort- und Arbeitsplatz-Prinzip

2.) Korrektur der Umsatzsteuer-Aufteilung

Dito.

3.) Teilentschuldung durch Bund / KfW

als Ausgleich der Steuerreformen

plus Zinsbeihilfen gem. Maßstäbegesetz

plus Investitionsbeihilfen gem. Art 104 GG.

4.) Neuordnung des Bundesgebietes gem. Art. 29 GG plus kommunale Gebietsreform

zur Sicherstellung der Lebensfähigkeit des Landes Bremen und aller Großstädte, Verhinderung der „Nordstaat“-Lösung.

In der Simulation nachgewiesen: einzige tragfähige Überlebenschance für Bremen als Nicht-Nehmer-Land.

Begründung s. Elsner (Hg.) 2002.